

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich hatte eigentlich einen anderen Beginn meiner Rede geplant, bin jetzt aber sehr verwundert. Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, haben Sie – bei allem Respekt, Herr Bartl – zu diesem Thema keinen anderen Redner gefunden?

*Zwischenfrage von Herrn Klaus Bartl, DIE LINKE:*

Frau Kliese, das haben wir uns sehr wohl überleg. Es wäre für mich sicherlich unkomplizierter gewesen, wenn ich gesagt hätte, dass ich – als Chemnitzer und als Mensch mit der SED-Biografie, die Sie meinen – dazu nicht rede. Ich bin bloß der Auffassung, dass gerade die Frage... *(Zuruf von der CDU)*

Ich war von 1975 bis 1978 Staatsanwalt, damals als Jugendstaatsanwalt in Freiberg. Das ist überschaubar. Das hat der damalige Staatsminister Heitmann überall nachprüfen lassen, auch in der ehemaligen Erfassungsstelle in Salzgitter. Die Akte meiner Prüfung ist sehr dick. Herr Heimann hat nichts gefunden. Insofern können Sie das Argument nicht anbringen.

Ich will die Frage stellen, ob Sie es nicht als Versuch des Ausweichens erachten würden, wenn der rechts- und justizpolitische Sprecher – allzumal, wenn er aus Chemnitz kommt – zu diesem Thema nicht Stellung nehmen würde und diese Aufgabe auf Freya-Maria Klinger mit ihren jugendlichen Biografie oder auf Kollegen Besier, der aus den alten Ländern kommt, delegiert hätte. Wir halten es jedenfalls für einen Ausdruck des ehrlichen Umgangs mit dieser Problematik, dass ich hier gesprochen habe.

Ich möchte Ihre Frage gern beantworten. Das ist für mich angesichts der Tatsache, dass die früher die Funktion des Leiters der Abteilung Staat und Recht der SED-Bezirksleitung innehatten, weniger eine Frage der Zuständigkeit als vielmehr eine Frage der Sittlichkeit.

Nun endlich zum Antrag! Ich freue mich, dass er eingebracht worden ist. Gefordert wird die Aussetzung der Verkaufsaktivitäten für das ehemalige JVA-Gelände in Chemnitz. Darüber hinaus soll sichergestellt werden, dass an dieser Stelle ein Gedenkort entsteht.

Nun werden sich einige fragen: Warum soll gerade an dieser Stelle ein Gedenkort in Chemnitz entstehen. Das Gelände der JVA Chemnitz ist ein Terrain mit einer besonderen Geschichte. Während der Nazi-Diktatur wurden dort politisch Andersdenkende eingesperrt; darauf werden wir natürlich in der Konzeption Rücksicht nehmen. Nach 1945 diente das Gelände erst unter sowjetischer und dann unter DDR-Führung der Inhaftierung politischer Gefangener. Was Karl-Marx-Stadt aufgrund seiner strategisch günstigen Lage von anderen Stasi-Gefängnissen unterschied, war die Tatsache, dass von dort aus Häftlinge in den Westen Deutschlands verkauft wurden. Karl-Marx-Stadt war – das wurde schon mehrfach betont – der Dreh- und Angelpunkt für Häftlingsfreikäufe, die von 1963 bis zur Wende in tausendfacher Zahl stattfanden.

Knapp dreieinhalb Milliarden D-Mark kassierte die DDR für den Verkauf politischer Gegner an den „Klassenfeind“. Knapp 34.000 Menschen sicherten mit ihren Schicksalen der DDR einen regelmäßigen Devisenstrom. Wer seine Strafe bereits verbüßt hatte, war etwa 11.000 DM wert; ein Arzt oder ein Ingenieur konnten bis zu 90.000 DM in die Staatskasse spülen. In der medial oft nicht ganz so dramatisch dargestellten Diktatur der DDR wurde ganz klar Menschenhandel betrieben. Wer das bestreiten will, negiert historische Tatsachen, und wer das nicht weiß, braucht eine Gedenkstätte.

Ich kann Ihnen sagen: Es gibt viele Menschen, die das nicht wissen.

Nun wird es sicherlich auch den Einwand geben, dass es bereits etliche Gedenkstätten zu Erinnerung an das Unrecht der SED-Diktatur gibt und dass es vielleicht zu einer Ungleichgewichtung gegenüber den Opfern der Zeit vor 1945 kommen könnte. Dazu sei zweierlei gesagt:

Erstens ist es das Ziel, in dieser Gedenkstätte sowohl an die Zeit vor 1945 als auch an die Zeit danach zu erinnern.

Zweitens. Eine Gedenkstätte entsteht nicht dort, wo eine quantitative Notwendigkeit gesehen wird: ein Gedenkort entsteht dort, wo etwas geschehen ist. Was auf dem Kaßberg geschah, ist von immenser historischer Dimension. Es ist nicht ausschließlich ein Chemnitzer Thema, es ist auch kein allein ostdeutsches Problem. Häftlingsfreikäufe besitzen eine gesamtdeutsche Relevanz und bedürfen einer gründlichen Aufarbeitung. Sie sind auch wissenschaftlich noch nicht ausgeforscht.

Wer denkt, wir können es uns leisten, auf die Aufarbeitung der Themen Stalinismus und SED-Diktatur zu verzichten, der hat die Katastrophe des 20. Jahrhunderts nicht in ihrem vollen Umfang verstanden.

Das Zeitalter der Extreme muss zusammengedacht, statt mit Denkverboten voneinander abgetrennt werden. Siegfried Reiprich, der Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, hat das in seiner Abschiedsrede in der Gedenkstätte Hohenschönhausen auf den Punkt gebracht: „Wer vom Stalinismus nicht reden möchte, soll auch vom Faschismus schweigen.“

*Zwischenfrage von Frau Dr. Jana Pinka, DIE LINKE*

Haben Sie registriert, dass im Änderungsantrag genau dieser Passus, nämlich an die Opfer des Naziregimes auch zu erinnern, gestrichen worden ist?

*Zuruf von der CDU: Nein!*

Zunächst ist es kein Ausschlusskriterium, dass es dort nicht ausdrücklich mit drinsteht. Des Weiteren gibt es eine Zusammenarbeit mit dem Verein, der sich dort gegründet hat. Dieser Verein hat ausdrücklich in seiner Präambel stehen, dass die Opfer vor 1945 einbezogen werden. Das wird auch durch diesen Antrag nicht verhindert.

Jemand, der den Totalitarismus des 20. Jahrhunderts in seinen dunkelsten Stunden erlebt hat, ist der Kommunist Jorge Semprún. Semprún überlebte das Konzentrationslager Buchenwald. Danach musste er miterleben, wie einige seiner Weggefährten, die genau wie er lebend aus dem KZ herausgekommen waren, der stalinistischen Liquidation zum Opfer fielen. Semprún hat in seinem Buch „Was für ein schöner Sonntag“ etwas dazu geschrieben, was ich Ihnen gern vortragen möchte: „Ich dachte daran, dass Stalin weiter mordete, einsperrte, verleumdete, sogar nach seinem Tod. Ich dachte daran, dass 1945 die Deportierten in Buchenwald weiter starben, sogar nach der Befreiung. Die Überlebenden aus Auschwitz starben weiter in dem Kleinen Lager von Buchenwald. Ich dachte daran, dass Stalin allein ein riesiges Konzentrationslager, eine ideologische Gaskammer gewesen war, eine Art Verbrennungsofen des richtigen Denkens. Er mordete sogar nach seinem Verschwinden weiter. Ich dachte vor allem daran, dass Stalin die mögliche Unschuld unseres Gedächtnisses zerstörte.“

Mein Damen und Herren! Der brillante britische Historiker A.J.P. Taylor hatte einmal auf die Frage, weshalb er sich ausgerechnet mit seinem Forschungsgegenstand befasse, die Antwort gegeben: „Because this existed.“ Und genau das ist das Wesentliche. Warum sollen wir uns auf diesem Gelände mit der Geschichte zweier Diktaturen befassen. Weil sie existierten. Und zwar genau an diesem Ort.

Als stellvertretende Vorsitzende des Vereins zur Errichtung eines Lern- und Gedenkortes Kaßberg e.V. freue ich mich, dass wir heute einen wichtigen parlamentarischen Grundstein für dieses Vorhaben legen können. Als stellvertretende Vorsitzende des Vereins bin ich aber auch etwas verwundert, dass die Antragsteller bei der gemeinsamen Erarbeitung keinen Gedanken daran verschwendet haben, eine sozialdemokratische Partei in diesen Prozess einzubeziehen. Welche Ursachen auch immer dafür geltend gemacht werden können – Taktieren, Eile, Gedankenlosigkeit –, ich persönlich kann es schwer nachvollziehen. Die SPD hat wie keine andere Partei unter den Repressionen in der SBZ und der

DDR gelitten. Im Nachgang der Zwangsvereinigung wurden 5.000 Sozialdemokraten eingesperrt, 400 wurden hingerichtet. In meinem Ortsverein sitzen nicht die Kandidaten der Nationalen Front. In meinem Ortsverein sitzen Männer, die zu DDR-Zeiten auf dem Kaßberg inhaftiert waren. Wie soll ich denen eigentlich erklären, dass man einen solchen Antrag am besten ohne die SPD-Fraktion einreicht?

Doch auch ohne dass die SPD-Fraktion als Antragstellerin einbezogen wurde, ist es für mich ein ganz besonderer Moment, wenn wir heute eine Mehrheit für diesen Antrag finden und einer Gedenkstätte in Chemnitz den Weg ebnen, denn für mich gibt es kaum ein Thema, das für Konkurrenzkämpfe politischer Parteien schlechter geeignet wäre als diese.